
Vorsitz: Moldau**760. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 16. Juli 2014

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 12.55 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Popov

Vor Eintritt in die Tagesordnung bekundete der Vorsitz der Russischen Föderation in Namen des Forums seine Anteilnahme in Zusammenhang mit dem Entgleisen eines U-Bahn-Zuges in Moskau am 15. Juli 2014.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG

Vorträge zu folgenden Themen:

- *„Dienstliche Erfordernisse und Menschenrechte der Angehörigen der Streitkräfte“, von S. Bokulić, Leiterin der Abteilung Menschenrechte des Büros der OSZE für demokratische Institutionen und Menschenrechte*
- *„Die OSZE und Frauen, Frieden und Sicherheit – der Weg vorwärts“ von M. Beham, Leitende Beraterin der OSZE für Genderfragen, und M. Bastik, Gender and Security Fellow, Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte*

Vorsitz, Vertreterin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR.GAL/33/14 OSCE+), Leitende Beraterin der OSZE für Genderfragen, M. Bastick (FSC.DEL/129/14 OSCE+), Italien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Armenien,

Georgien, Moldau, Monaco und der Ukraine) (FSC.DEL/131/14), Kasachstan (auch im Namen Finnlands, Österreichs und der Türkei), Dänemark (Anhang 1), Schweden (Anhang 2), Irland (Anhang 3), FSK-Koordinator für den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (Deutschland), Niederlande (Anhang 4), Vereinigte Staaten von Amerika, Russische Föderation, Armenien, Estland, FSK-Koordinatorin für Angelegenheiten betreffend UNSCR 1325 (Türkei), Finnland

Punkt 2 der Tagesordnung: **BESCHLUSS ÜBER DAS DATUM DES TREFFENS DER LEITER DER VERIFIKATIONSZENTREN 2014**

Vorsitz

Beschluss: Das Forum für Sicherheitskooperation verabschiedete den Beschluss Nr. 4/14 (FSC.DEC/4/14) über das Datum des Treffens der Leiter der Verifikationszentren 2014; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigelegt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **BESCHLUSS ÜBER DIE BEURTEILUNG DER UMSETZUNG DES OSZE-DOKUMENTS ÜBER KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN UND DES OSZE-DOKUMENTS ÜBER LAGERBESTÄNDE KONVENTIONELLER MUNITION**

Vorsitz

Beschluss: Das Forum für Sicherheitskooperation verabschiedete den Beschluss Nr. 5/14 (FSC.DEC/5/14) über die Beurteilung der Umsetzung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen und des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigelegt.

Monaco (Anhang 5), Österreich, Vorsitz

Punkt 4 der Tagesordnung: **ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN**

Die Lage in der Ukraine: Ukraine (FSC.DEL/133/14), Italien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Georgien, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/132/14), Vereinigte Staaten von Amerika, Heiliger Stuhl, Russische Föderation (Anhang 6), Türkei, Niederlande, Kanada

Punkt 5 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

(a) *Besuch eines Militärflugplatzes und einer militärischen Einrichtung in Finnland vom 4. bis 8. Mai 2015:* Finnland

(b) *Protokollarische Angelegenheiten: Griechenland, Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 23. Juli 2014, 11.00 Uhr im Neuen Saal

760. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 766, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DÄNEMARKS**

Herr Vorsitzender,

Dänemark schließt sich selbstverständlich der EU-Erklärung an. Ich möchte auch den Rednern für ihre Vorträge danken und ergänzend einige Worte im Namen meines Landes anfügen.

Ein überzeugendes Programm von internationalem Engagement und die Förderung der Geschlechtergleichstellung sind für die dänische Regierung zwei Schlüsselbereiche der Politik. Beide verfolgen das Ziel, die Rechte der Schwächsten zu schützen und zur Schaffung einer friedlichen, florierenden und gerechten Gesellschaft beizutragen. Die dänische Regierung ist der Auffassung, dass es ohne die volle und gleichberechtigte Teilhabe der Frauen keinen dauerhaften Frieden geben kann. Frauen sind vor allem eine unverzichtbare Ressource für ihre Gemeinschaften und Länder – aber auch eine wertvolle Ressource für alle Bemühungen um die Herbeiführung von nachhaltiger Entwicklung und dauerhaftem Frieden.

Dänemark unterstützt nachdrücklich die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit. 2005 verabschiedete es als erstes Land einen Nationalen Aktionsplan für die Umsetzung der UNSCR 1325, und der aktualisierte Nationale Aktionsplan, über den ich das FSK vor einem Monat am 18. Juni informiert habe, stellt die dritte Phase unseres Engagements dar.

Grundlage der dänischen Sicherheitspolitik ist das Bestreben Dänemarks, eine aktive Rolle bei der Bewältigung der weltweiten sicherheitspolitischen Herausforderungen zu spielen, mit den Vereinten Nationen als einem Schlüsselpartner und letztlich mit dem Ziel der Friedenskonsolidierung. In diesem Sinne verbindet auch das dänische Programm für Entwicklungszusammenarbeit die Förderung der Menschenrechte und von Gerechtigkeit mit dem Kampf gegen die Armut. Der Schutz der Schwächsten der Gesellschaft – der Frauen und Kinder – steht im Zentrum unseres humanitären Engagements.

Wir glauben, dass Dänemark einen wesentlichen Beitrag zum Weltfrieden und zur internationalen Sicherheit leisten kann, vor allem aufgrund unserer langjährigen Erfahrung damit, wie sich das Engagement im militärischen, humanitären und zivilen Bereich kombinieren lässt. Dänemark hat für sein Engagement in instabilen und von Konflikten

betroffenen Gebieten einen integrierten, ressourcenübergreifenden Ansatz gewählt. Die von Dänemark zur Schwerpunktaufgabe erklärte Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit bindet die gesamte dänische Regierung, darunter das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, das Verteidigungsministerium und das Justizministerium, ein.

Die Ziele und politisch-strategischen Prioritäten des dänischen Nationalen Aktionsplans für die Umsetzung der UNSCR 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit sind so aktuell und dringend wie je. Und es muss noch viel getan werden.

Laut UN-Frauen findet sich in 70 Prozent der Friedensübereinkommen noch immer kein Hinweis auf Frauen, Frieden und Sicherheit. Weniger als drei Prozent der Unterzeichner von Friedensübereinkommen sind Frauen, und Frauen stellen nach wie vor weniger als 10 Prozent der Unterhändler in Friedensverhandlungen. Unter den Hunderten Friedensübereinkommen seit dem Ende des Kalten Krieges gibt es nur sechs Waffenruhevereinbarungen, in denen sexuelle Gewalt als Verletzung der Waffenruhe genannt wird. In von Konflikten betroffenen Gebieten waren durchschnittlich 16,4 Prozent der Parlamentarier Frauen, während es weltweit 21 Prozent sind, und Wählerinnen trugen ein viermal höheres Risiko als Männer, bei Urnengängen in instabilen und im Übergang befindlichen Staaten zur Zielscheibe von Einschüchterung zu werden.

Dänemark geht daher ergebnisorientiert vor. Der dänische Plan enthält eine Auflistung konkreter Initiativen mit Indikatoren für jede Dienststelle, die in den kommenden fünf Jahren umzusetzen sind. Wir hoffen, dass Teile des dänischen Plans anderen Staaten als Vorbild dienen können.

Dänemark freut sich darauf, einen Beitrag zur Arbeit der OSZE zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit zu leisten und damit hoffentlich zur Schaffung einer friedlicheren und gerechteren Welt, in der Gleichberechtigung herrscht, zum Nutzen aller – Frauen, Männer, Jungen und Mädchen – beizutragen.

Herr Vorsitzender, ich möchte Sie ersuchen, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

760. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 766, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SCHWEDENS**

Herr Vorsitzender,

ich war mir nicht ganz sicher, ob ich zu diesem Punkt der Tagesordnung das Wort ergreifen sollte oder nicht, doch nun drängt es mich dazu, nachdem ich die Ausführungen dieser zum Nachdenken anregenden Redner gehört habe. Selbstverständlich schließe auch ich mich der Erklärung der Europäischen Union an.

Beim Zuhören war für mich klar, dass ich die Werte teile, für die die Referenten eintreten. Lassen Sie mich eine höchst persönliche Bemerkung vorausschicken. Als Vater einer Tochter und eines Sohnes bin ich natürlich sehr dafür, dass sie das Recht haben sollten, in einer Gesellschaft aufzuwachsen, in der sie gleiche Chancen und Möglichkeiten haben. Und zwar ungeachtet ihres Geschlechts oder auch unabhängig davon, ob sie sich vielleicht eines Tages dafür entscheiden, ihr Leben auf eine Weise leben zu wollen, die nicht völlig im Einklang mit den Mehrheitsnormen steht. Ich bin einfach der Meinung, dass sie im Leben dieselben Chancen haben sollten, wozu auch die Möglichkeit gehört, selbst zu entscheiden, ob sie zu den Streitkräften gehen wollen oder nicht.

Zum Glück ist mein Land – Schweden – derselben Auffassung und tritt aktiv dafür ein, dass jeder Mensch das Recht hat, offen und ehrlich zu leben und seine Entscheidungen frei zu treffen. Schweden hat bereits in vielerlei Hinsicht Konkretes für diese Überzeugung unternommen, etwa durch die Schaffung des *Nordic Centre for Gender in Military Operations*, das eine Vielzahl von Lehrgängen und Unterstützungsmöglichkeiten bietet. Das Programm „Berücksichtigung von Genderaspekten bei Militäreinsätzen“ unterstützt und stärkt die Menschenrechte und ganz allgemein die Sicherheitslage für die ganze Bevölkerung – Männer, Frauen, Mädchen und Jungen. Gender spielt eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Frage, wie man beim Aufbau einer Nation und der Schaffung von dauerhaftem Frieden am besten günstige Voraussetzungen schafft.

Ich bin zuversichtlich, dass die große Mehrheit der hier an diesem Tisch vertretenen Länder die Werte meines Landes teilt. Die Vorstellung, dass irgendein Land freiwillig auf die Hälfte seines Potenzials verzichten möchte, gefällt mir gar nicht. Damit meine ich, dass wir es uns nicht leisten können, eine Art von quasi-intellektuellen, künstlichen Hindernissen aufzubauen, die uns davon abhalten, das Potenzial von 50 Prozent der Bevölkerung zu

nutzen. Stattdessen möchte ich uns allen ans Herz legen, das Individuum in den Blick zu nehmen – nicht sein Geschlecht, seine Hautfarbe oder Religion – den Menschen unter dem Blickwinkel seines wahren Potenzials zu sehen, insbesondere in den Streitkräften, wo die Gefahren des Krieges keinen Unterschied zwischen Frau und Mann machen.

Ich möchte unseren Gastrednern für ihre Ausführungen zu dieser wichtigen Frage danken.

Ich danke auch allen Kolleginnen und Kollegen, die ihren Antrag unterstützt haben.

760. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 766, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION IRLANDS**

Irland unterstützt voll und ganz die Erklärung der Europäischen Union und möchte einige Worte in seiner nationalen Eigenschaft hinzufügen.

Wir danken den Rednern für ihre aufschlussreichen Beiträge zur heutigen Sitzung. Das Thema Frauen, Frieden und Sicherheit ist zu Recht im Begriff, an die Spitze der internationalen Agenda zu rücken. Wir sind unverändert davon überzeugt, dass die OSZE hier eine hilfreiche und ergänzende Rolle spielen kann und soll.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die gemeinsame Erklärung Finnlands, Österreichs, der Türkei und Kasachstans und betonen unsere Unterstützung für die laufenden Bemühungen dieser Länder, diesen wichtigen Fragenkomplex voranzubringen. Wir danken außerdem der Koordinatorin des FSK für Angelegenheiten betreffend UNSCR 1325 für ihr Bemühen, dieses Thema weiter auf unserer Tagesordnung zu halten.

Herr Vorsitzender, ich möchte bei dieser Gelegenheit das FSK davon unterrichten, dass der erste Nationale Aktionsplan Irlands zur UNSCR 1325 mit Jahresende abläuft. Die Behörden meines Landes arbeiten derzeit an unserem nächsten Nationalen Aktionsplan.

Ein wichtiger Teil dieses Prozesses sind Konsultationen mit anderen interessierten Seiten, insbesondere der Zivilgesellschaft, wodurch sichergestellt werden soll, dass unser Nationaler Aktionsplan so solide und zweckentsprechend wie möglich ist. In diesem Bestreben hat das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel in Zusammenarbeit mit einer zivilgesellschaftlichen Beratergruppe eine Konsultationsunterlage erstellt, die auf der Website des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und Handel verfügbar ist (www.dfa.ie). Exemplare der Konsultationsunterlage können auch bei meinem Büro angefordert werden.

Wir laden interessierte Parteien, insbesondere zivilgesellschaftliche Organisationen und NGOs, die mit von Konflikten direkt betroffenen Frauen und Männern arbeiten, ein, bis 15. August 2014 Beiträge zu diesem Konsultationsprozess einzureichen, und freuen uns auf wertvolle Anregungen.

Wir werden auch das OSZE-Sekretariat – insbesondere die Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Genderfragen, die Abteilung Genderfragen und die Abteilung FSK-Unterstützung – auf den Konsultationsprozess aufmerksam machen. Wir erwarten mit großem Interesse die Ergebnisse der von der Abteilung Genderfragen in Auftrag gegebenen vergleichenden Studie des Friedensforschungsinstituts in Oslo, die sicherlich nützliche Informationen und Instrumente für die Verbesserung der Umsetzung dieser wichtigen Resolutionen im OSZE-Raum enthalten wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

760. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 766, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER NIEDERLANDE**

Herr Vorsitzender,

wir schließen uns der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an, möchten jedoch einige Worte in unserer nationalen Eigenschaft anfügen. Außerdem danken wir allen Rednern, die die Themen Menschenrechte in den Streitkräften und Frauen, Frieden und Sicherheit hier im Forum thematisiert haben. Wie Sie wissen, halten die Niederlande diese Themen für außerordentlich relevant, und wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, in beiden Bereichen höher gesteckte Ziele zu erreichen. Wir sind der Auffassung, dass wir uns im Bereich der Menschenrechte in den Streitkräften in vielerlei Hinsicht ehrgeizigere Ziele setzen können, etwa in Bezug auf LGBT. Letzte Woche äußerte sich unser Minister für auswärtige Angelegenheiten, Frans Timmermans, ganz konkret zu diesem Thema. Wir möchten Sie bei dieser Gelegenheit auf einen Bericht dazu aufmerksam machen, der erst vor wenigen Wochen vom Verteidigungsminister dem Parlament zugeleitet wurde. Der Bericht mit dem Titel *LGBT Military Personnel: A Strategic Vision for Inclusion* wurde im Auftrag des Verteidigungsministers der Niederlande vom Haager Zentrum für strategische Studien verfasst.

Die Streitkräfte verändern sich. Nun, da Diversität zunehmend zur Norm wird und immer mehr militärische Stellen ihre LGBT-Angehörigen der Streitkräfte anerkennen, wird Diversität in zunehmendem Maße als strategische Stärke angesehen, mit der in einer Weise umzugehen ist, die dem Militär größtmöglichen Nutzen bringt. Auch die Einstellung der Gesellschaft gegenüber LGBT hat sich in vielen Teilen der Welt geändert. Aus Sicht der Menschenrechte und der Gleichberechtigung sehen es heute viele als ihre moralische Pflicht an, die Herausforderungen, mit denen LGBT konfrontiert sind, zu beseitigen.

Die Inklusion von LGBT in das Militär hat rasch zugenommen und viele Länder haben in den letzten Jahrzehnten das Aufnahmeverbot für LGBT aufgehoben. Diese Veränderungen haben Fragen über die Eignung von LGBT für den Militärdienst und die Auswirkungen ihres Dienstes auf die Streitkräfte aufgeworfen. Für diejenigen, die an die Inklusion von LGBT nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte sondern auch der militärischen Wirksamkeit herangehen, ist es wichtig zu verstehen, auf welcher unterschiedlichen Art und Weise die Länder und internationalen Organisationen an die

Inklusion von LGBT herangehen und welche Strategien sie selbst entwickeln können, um diese Form von Diversität bestmöglich zu nutzen.

Der Bericht ist eine internationale vergleichende Studie über den Grad der Akzeptanz von LGBT-Personen innerhalb der Streitkräfte. Die Untersuchung misst und vergleicht den Grad der Akzeptanz von LGBT in den Streitkräften von über hundert Ländern. Der *LGBT Military Index* bewertet und reiht die Länder anhand des Grades der Inklusion von Militärangehörigen, um die bestehenden erheblichen Unterschiede aufzuzeigen. Die große Bandbreite unterschiedlicher Ansätze unterstreicht, wie wichtig es ist, sich mit den internationalen Aspekten der LGBT-Inklusion auseinanderzusetzen. Dieses Instrument kann den Ländern dabei helfen, Erkenntnisse im Hinblick auf andere politische Konzepte zu gewinnen, die zu einer besseren Akzeptanz von LGBT in den Streitkräften beitragen können.

Der Bericht endet mit der Empfehlung, dass Inklusionskonzepte und -praktiken zum Nutzen der Streitkräfte und der darin Dienenden aus dem Blickwinkel der Inklusion erarbeitet werden sollten. Diese Konzepte und Praktiken können strategisch entwickelt und mithilfe von Mainstreaming, Management und Messung umgesetzt werden. Mainstreaming bedeutet die Beurteilung der Auswirkungen politischer Entscheidungen auf alle davon Betroffenen; in Bezug auf LGBT-Personal ist dabei deren Inklusion systematisch zu berücksichtigen. Wenn Inklusion mithilfe von Managern umgesetzt wird, erhöht das die Rechenschaftspflicht. Die Messung der Fortschritte ermöglicht eine Kosten/Nutzen-Analyse der Inklusionskonzepte und -praktiken und, wo erforderlich, Verbesserungen.

Sie können den Bericht, der heute über die OSZE-Kanäle verteilt wird, dort nachlesen.

Herr Vorsitzender, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Forum für Sicherheitskooperation**

FSC.JOUR/766

16 July 2014

Annex 5

GERMAN

Original: FRENCH

760. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 766, Punkt 3 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MONACOS**

Herr Vorsitzender,

das Fürstentum Monaco begrüßt die Verabschiedung des Beschlusses über die Beurteilung der Umsetzung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen und des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition. Monaco unterstützt diese Initiative und dankt all jenen, die zur Verabschiedung dieses Beschlusses beigetragen haben, sind doch SALW ein wichtiges Thema der „ersten Dimension“ der OSZE und somit des Forums für Sicherheitskooperation (FSK).

Dank seiner zahlreichen Sicherheitsdialoge zum Thema SALW eignet sich das Forum hervorragend als Plattform für Erörterungen und den Dialog zu diesem Thema.

In den Dokumenten der OSZE ist die Rolle der Organisation im Kampf gegen die übermäßige Anhäufung von SALW verankert, ebenso wie die Rolle, die der unerlaubte Handel mit SALW bei Terroranschlägen und bei der Destabilisierung von Teilnehmerstaaten spielen kann.

Ferner tragen die zahlreichen Projekte vor Ort und die Hilfe der OSZE für Teilnehmerstaaten in diesem Bereich zur Erhöhung der Sicherheit in dem Raum bei, den wir in Astana definiert haben.

Aus all diesen Gründen messen wir der Organisation eines zweitägigen Treffens zur Beurteilung der Umsetzung der Dokumente über SALW und Lagerbestände konventioneller Munition große Bedeutung bei.

Als FSK-Vorsitz wird sich Monaco bemühen, diese Veranstaltung, die am 23. und 24. September 2014 stattfinden wird, unter den bestmöglichen Bedingungen zu organisieren.

In diesem Sinne werden wir uns nun mit der detaillierten Ausarbeitung der Modalitäten und der Tagesordnung dieses Treffens befassen.

Bevor ich meine Ausführungen beende, möchte ich mich meinen Vorrednern anschließen und im Namen meiner Delegation unserem russischen Kollegen unsere Anteilnahme zum Ausdruck bringen.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal dieser Sitzung als Anhang beizufügen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

760. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 766, Punkt 4 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Ukrainische Sicherheitskräfte setzen im Zuge der derzeitigen Strafaktion im Südosten des Landes schwere Waffen und Kampfflugzeuge ein und verursachen dadurch unzählige Opfer und Zerstörung.

Um das Ausmaß der bewaffneten Konfrontation zu begrenzen und eine friedliche Beilegung der Krise in der Südostukraine zu erleichtern, hat die Führung der Russischen Föderation beschlossen, die Übergabe von militärischer Ausrüstung und militärischem Material der ukrainischen Streitkräfte aus dem Territorium der Republik Krim an die ukrainischen Behörden vorübergehend einzustellen.

Wir meinen, dass diese Maßnahme mithelfen wird, zu verhindern, dass die übergebenen Waffen bei militärischen Aktionen in der Südostukraine zum Einsatz kommen.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal der heutigen Sitzung.

760. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 766, Punkt 2 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 4/14
DATUM DES TREFFENS DER
LEITER DER VERIFIKATIONSZENTREN 2014**

Das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) –

bekräftigend, dass das Wiener Dokument 2011 der OSZE (WD 2011) nach wie vor ein Schlüsseldokument für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) darstellt, und feststellend, dass das Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (AIAM) ein wichtiges Forum zur Erörterung der Durchführung der nach WD 2011 vereinbarten Maßnahmen bietet,

Kenntnis nehmend von den Erörterungen und den auf dem 24. AIAM geäußerten Ansichten,

darin erinnernd, dass das Ziel des Treffens der Leiter der Verifikationszentren der Austausch von Erfahrungen und Informationen über technische Aspekte der Durchführung vereinbarter Maßnahmen nach WD 2011 ist,

beschließt,

1. um die Abhaltung eines Treffens der Leiter der Verifikationszentren am 16. Dezember 2014 in Wien zu ersuchen;
2. das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) mit der Vorbereitung und dem Vorsitz des Treffens zu beauftragen;
3. das KVZ zu beauftragen, auf der Eröffnungssitzung des fünfundzwanzigsten AIAM über das Treffen der Leiter der Verifikationszentren zu berichten.

760. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 766, Punkt 3 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 5/14
BEURTEILUNG DER UMSETZUNG DES
OSZE-DOKUMENTS ÜBER KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN
UND DES OSZE-DOKUMENTS ÜBER LAGERBESTÄNDE
KONVENTIONELLER MUNITION**

Das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) –

eingedenk der wichtigen Rolle der OSZE bei der Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) unter allen Aspekten sowie seines Bestrebens, zur Reduzierung und Verhütung der übermäßigen und destabilisierenden Anhäufung und unkontrollierten Verbreitung von SALW beizutragen,

in Anerkennung der ungebrochenen Bedeutung der Maßnahmen der OSZE zur Auseinandersetzung mit den Sicherheitsrisiken und dem Schutz von Lagerbeständen an überschüssiger oder zur Vernichtung anstehender SALW und SCA in einigen Staaten des OSZE-Raums,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zu verstärkten Anstrengungen, um die vollständige Umsetzung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen (FSC.DOC/1/00/Rev.1, 20. Juni 2012), des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition (FSC.DOC/1/03/Rev.1, 23. März 2011) und damit zusammenhängender FSK-Beschlüsse, einschließlich des OSZE-Aktionsplans für Kleinwaffen und leichte Waffen (FSC.DEC/2/10, 26. Mai 2010), zu gewährleisten und

unter Hinweis auf Abschnitt VI des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen, in dem die Teilnehmerstaaten vereinbarten, die Umsetzung der Normen, Grundsätze und Maßnahmen aus diesem Dokument regelmäßig – gegebenenfalls auch durch jährliche Überprüfungstreffen – zu überprüfen und den Geltungsbereich und den Inhalt dieses Dokuments einer regelmäßigen Überprüfung zu unterziehen,

unter Hinweis auf den Ministerratsbeschluss Nr. 8/13, in dem das FSK beauftragt wurde, Möglichkeiten zu prüfen, wie das SALW-Dokument der OSZE von 2012, das OSZE-Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition von 2003 und das OSZE-Praxishandbuch für Kleinwaffen und leichte Waffen überprüft und gegebenenfalls ergänzt werden können, und für Kohärenz und Komplementarität mit dem diesbezüglichen

Aktionsrahmen der Vereinten Nationen zu sorgen, und zu diesem Zweck unter anderem die Ergebnisdokumente der Zweiten Überprüfungskonferenz zum SALW-Aktionsprogramm der Vereinten Nationen zu berücksichtigen,

Kenntnis nehmend von den in den Ergebnisdokumenten der Zweiten und Fünften Konferenz der Vereinten Nationen zur Überprüfung der Fortschritte bei der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten enthaltenen Verpflichtungen, die Synergien zwischen dem Aktionsprogramm und einschlägig tätigen subregionalen und regionalen Instrumenten in geeigneter Weise zu fördern und einschlägige regionale und internationale Organisationen zu veranlassen, regionale Treffen in Vorbereitung bzw. Nachbereitung von Treffen über das Aktionsprogramm zu veranstalten, –

beschließt,

am 23. und 24. September 2014 ein Treffen zur Überprüfung der Umsetzung abzuhalten;

das OSZE-Sekretariat zu beauftragen, bei der Organisation dieses Treffens Hilfestellung zu leisten;

die OSZE-Teilnehmerstaaten einzuladen, die Bereitstellung außerbudgetärer Beiträge für dieses Treffen zu prüfen.

VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG

Eröffnungssitzung

Arbeitssitzung 1: Überprüfung der Umsetzung von OSZE-Verpflichtungen im Bereich SALW und SCA*

Arbeitssitzung 2: Praktische OSZE-Hilfsprojekte im Bereich SALW und SCA

Schlussitzung

* Die Diskussionen können sich unter anderem auf Folgendes beziehen:

- Klärung von Fragen, die sich bei der Umsetzung ergeben, etwa Sicherheitsmanagement in Bezug auf SALW- und SCA-Lagerbestände, Nachverfolgung oder Ausfuhrkontrolle von SALW
- Erörterung vereinbarter Maßnahmen, einschließlich Überprüfungsbesuche und Projektdurchführung
- Auswirkungen aller bei der Umsetzung vereinbarter Maßnahmen gewonnenen Informationen auf den Vertrauens- und Sicherheitsbildungsprozess im Rahmen der OSZE.